
Populismus in Europa: Von den Rändern zum Mainstream

Cas Mudde



Cas Mudde, Ph.D.,
geb. 1967 in Geldrop,
Stanley Wade Shelton
UGAF Professor
of International
Affairs (University
of Georgia, USA),
Professor II – Center
for Research on
Extremism (University
of Oslo, Norwegen),
Affiliated Scholar
Center for Right-

Wing Studies (University of California, Berkeley).
Studium der Politikwissenschaft, 1998 Promotion;
Lehrtätigkeiten an der Central European University
Budapest, University of Edinburgh, University
of Antwerp, University of Oregon, University of
Notre Dame, DePauw University. Mitbegründer
der ECPR Standing Group on Extremism &
Democracy.

Abstract

Despite the enormous growth of academic interest during the past years, there is still significantly more known about the consequences than the causes of populism. This issue can be addressed by analyzing not only the historical developments of populism itself, but also the relationship between two core cornerstones of its ideology: people and elite. Focussing the evolutionary changes of this antagonism unveils that populism arises due to a complex set of structural factors which reshaped the social framework for politicians and their voters. It's therefore very likely that populism, either as a corrective or as a threat to liberal democracy, will continue to be relevant within European politics.

I. Einleitung

Populismus entstand Mitte des 19. Jahrhunderts in Russland und den Vereinigten Staaten, blieb aber für die europäische Politik bis in die 1990er-Jahre nahezu irrelevant. Seitdem ist er zu einem bedeutenden politischen Phänomen in ganz Europa geworden. Heute leben wir in einem „populistischen Zeitgeist“,¹ in dem populistische Parteien und Rhetorik die öffentliche Debatte dominieren.² Obwohl der Populismus die Demokratie nicht in gleicher Weise bedroht wie der Extremismus im frühen 20. Jahrhundert, stellt er eine grundlegende Herausforderung

-
- 1 Cas Mudde, The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition, 39 (2004) 4, S. 541–563. – Der vorliegende aktuelle Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt von Stefan Brieger.
 - 2 Für eine kritische Analyse der Theorie des „populistischen Zeitgeistes“ vgl. die exzellente Doktorarbeit von Matthijs Rooduijn, A Populist Zeitgeist? The Impact of Populism

für die wichtigsten Institutionen und Werte der „liberalen“ Demokratie dar, insbesondere Minderheitenrechte, Pluralismus und Gewaltenteilung.³

Entgegen der verbreiteten Interpretation, wonach der gegenwärtige „populistische Moment“ direkt auf die Große Rezession zurückzuführen sei – womit angenommen wird, es handele sich um ein vorübergehendes, krisenbedingtes Phänomen –, fußt dieser Beitrag auf dem Argument, dass der Aufstieg des Populismus verbunden ist mit mehreren strukturellen sozialen Veränderungen, welche die europäische Politik grundlegend gewandelt haben. Auf der politischen Nachfrageseite führten kognitive Mobilisierung und wachsende Ungleichheit zu einer unzufriedeneren und sich stärker artikulierenden Bevölkerung. Auf der externen Nachfrageseite machte ein breiter Konsens über neoliberale Ökonomie und supranationale Politik die Mainstream-Parteien ineffizienter und glich sie einander an, während eine radikal veränderte Medienlandschaft populistischen Politikern zu mehr Zugang und Berichterstattung verhalf. Was schließlich die interne Nachfrageseite betrifft, so wurden populistische Akteure aufgrund besserer Führungskräfte, Organisationen und Propaganda attraktivere Optionen.

Angesichts der Tatsache, dass diese Transformationen der europäischen Gesellschaften struktureller Natur sind, wird Populismus die politischen Prozesse dauerhaft prägen. Es kann nicht länger von einer „Episode“ oder „Nischenrolle“ gesprochen werden. Populistische Herausforderer kamen in Ländern wie Griechenland an die Macht (als Teil einer kaum weniger populistischen Koalition), während Mainstream-Akteure in Ländern wie Ungarn oder Polen populistisch wurden. Die jüngsten Europawahlen haben bestätigt, dass der Populismus – obwohl in zunehmend radikalerer Form von rechts – im Herzen Europas und der Europäischen Union angekommen ist. Gleichzeitig allerdings hat die Reaktion des Mainstreams dem populistischen Momentum entgegengewirkt. Es bleibt abzuwarten, ob dies das Ende des populistischen Zeitgeists indiziert.

II. Populismus definieren

Viele Wissenschaftler stoßen sich seit langem am Begriff des Populismus aufgrund seiner breiten und vagen Verwendung in akademischen wie öffentlichen Debatten. Zudem wurde der Terminus auf derart verschiedene politische Akteure angewandt, dass die Betonung ihrer Ähnlichkeiten zur Trivialität verkam.

on Parties, Media and the Public in Western Europe, Amsterdam 2013. Während er überzeugend darlegt, dass Parteien nicht populistischer hinsichtlich ihrer politischen Inhalte geworden sind, untersucht er nicht die Kernaussage der Theorie, dass sich in der politischen und öffentlichen Debatte Merkmale des populistischen Diskurses verfestigt haben.

- 3 Obwohl dies ein eigenständiger Beitrag ist, habe ich stark auf frühere meiner Publikationen zurückgegriffen, vor allem auf jene, die ich mit Cristóbal Rovira Kaltwasser erarbeitet habe. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), *Populism in Europe and the Americas. Corrective and Threat*, Cambridge 2012; dies., *Populism. A very short Introduction*, Oxford 2017.

Nach jahrzehntelangen grundlegenden Auseinandersetzungen über Nützlichkeit und Bedeutung des Populismuskonzepts jedoch zeichnet sich in der jüngeren Literatur, langsam aber sicher, ein Konsens über einen ideenorientierten Ansatz⁴ ab: Die meisten Wissenschaftler betrachten den Populismus heute, zumindest teilweise, als Sammlung von Ideen, die um zwei wesentliche Konzepte kreisen – das Volk und die Elite.⁵ Meine Definition steht im Einklang mit diesem breiteren Konsens, ist aber keineswegs ein Vertreter desselben.

Ich definiere Populismus als „dünne Ideologie“, welche die Gesellschaft letztlich in zwei homogene und antagonistische Gruppen teilt – „das wahre Volk“ sowie „die korrupte Elite“ –, und fordert, Politik solle ein Ausdruck der „volonté générale“ des Volkes sein.⁶ Kernmerkmale der populistischen Ideologie sind Monismus und Moralismus: Sowohl „das Volk“ als auch „die Elite“ werden betrachtet, als teilten sie dieselben Interessen und Werte, während die Hauptunterscheidung zwischen ihnen auf Moral beruht („wahr“ versus „korrupt“). Obwohl Populismus eine Ideologie, das heißt eine Weltanschauung, darstellt, ist er eng gefasst, was bedeutet, dass nur ein Teil der politischen Agenda adressiert wird – er hat beispielsweise keine Vorstellung davon, was das beste politische oder ökonomische System sein sollte. Folglich werden fast alle relevanten politischen Akteure Populismus mit einer Wirtsdeologie verbinden, gewöhnlicherweise mit einer Form des Nationalismus auf der rechten Seite und einer Form des Sozialismus auf der linken.

Der Hauptgrund für das große wissenschaftliche und öffentliche Interesse am Populismus ist dessen Verhältnis zur Demokratie. Die überwiegende Mehrheit der Kommentatoren nimmt Populismus als Bedrohung für die Demokratie wahr, eine Ansicht, die auch die akademische Betrachtung des Phänomens dominiert. Führende Wissenschaftler – von Richard Hofstadter bis Pierre Rosanvallon – haben Populismus als „Pathologie“ der Demokratie beschrieben, während andere ihn als „Spiegel der Demokratie“ (Francisco Panizza) oder „eine ideologische Korruption der Demokratie“ (Pierre Taguieff) bezeichneten.⁷ Nur wenige Forscher sehen Populismus als demokratieinhärent oder sogar exklusiv

-
- 4 Vgl. Kirk Hawkins/Ryan Carlin/Levente Littvay/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), *The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory and Analysis*, London 2017; Cristóbal Rovira Kaltwasser/Paul Taggart/Paulina Ochoa Espejo/Pierre Ostiguy (Hg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford 2017; Cas Mudde, *The Ideational Approach*. In: ebd., S. 27–47.
 - 5 Vgl. etwa Benjamin Moffit, *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style and Representation*, Redwood City, CA 2016; Jan-Werner Müller, *What is Populism?*, Philadelphia 2016.
 - 6 Mudde, *The Populist Zeitgeist*; ders./Rovira Kaltwasser, *Populism*.
 - 7 Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in Politics*. In: *Harper's Magazine*, (1964) November, S. 77–86; Pierre Rosanvallon, *Counter-Democracy: Politics in an Age of Distrust*, Cambridge 2008; Francisco Panizza (Hg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, London 2005; Pierre Taguieff, *Le populisme et la science politique du mirage conceptuel aux vrais problèmes*. In: *Vingtième Siècle. Revue d'histoire*, 56 (1997), S. 4–33.

demokratisch an. Diese Sichtweise ist besonders populär unter amerikanischen Historikern, wenngleich deren Bezugspunkt oft ausschließlich der US-Agrarpopulismus des 19. Jahrhunderts ist,⁸ sowie unter Anhängern von Chantal Mouffe und dem späten Ernesto Laclau.⁹

Klar ist, dass die Debatte über das Verhältnis von Populismus und Demokratie maßgeblich beeinflusst wird von den Definitionen, die für beide Begriffe verwendet werden. Meiner eigenen Definition folgend argumentiere ich, dass Populismus demokratisch, aber nicht liberaldemokratisch ist.¹⁰ Bezüglich Demokratie selbst geht es dieser, einer Minimaldefinition nach, um Volkssouveränität und Mehrheitsregierung.¹¹ Da Populismus besagt, dass Politik ein Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes sein sollte, hat er eine ideologische Affinität zur Demokratie. Er steht allerdings mehreren Kernelementen liberaler Demokratie gegenüber, allen voran Minderheitenrechten, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit: Sein Monismus schließt Pluralismus aus und negiert, zusammen mit seinem exkludierenden Moralismus, Minderheitenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Es gibt, so die Prämisse, neben dem Volk nur eine weitere Gruppe: die Elite, und diese ist korrupt und besitzt daher weder Legitimität noch Rechtsschutz.

Diese Position unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht von anderen Wissenschaftlern, die mit dem ideenorientierten Ansatz arbeiten. Am wesentlichsten grenzt sie sich von den Arbeiten Laclaus und Mouffes ab, deren kritisch-theoretischer Zugang eine etwas abweichende Subkategorie des ideenorientierten Konzepts konstituiert: Sie betrachten liberale Demokratie, kurz gefasst, als grundsätzlich undemokratisch, da sie Konsens erzwingen, und halten stattdessen Populismus für entscheidend zur Belebung der politischen Debatte und zur Schaffung einer radikalen Demokratie.¹² Dabei handelt es sich jedoch hauptsächlich um einen Unterschied in der Definition von Populismus; Laclau und Mouffe verstehen Populismus sehr weitgefasst und praktisch ohne spezifischen Inhalt („Leerformel“).

Darüber hinaus gibt es einen grundlegenden Unterschied zu Wissenschaftlern, die zwar ebenfalls mit dem ideenorientierten Ansatz arbeiten und meine sehr ähnliche Populismusdefinition verwenden, hier nun aber Demokratie anders definieren oder verstehen. Wie von Jan-Werner Müller in dessen Buch „What is Populism“¹³ am eloquentesten dargelegt, argumentieren diese Wissenschaftler, ein System könne nur dann tatsächlich demokratisch sein, wenn es Volkssouveränität und Mehrheitsregierung mit Institutionen und Werten wie Minderheitenrechten und Rechtsstaatlichkeit kombiniere. Anders gesagt: Sie

8 Vgl. Lawrence Goodwyn, *The Populism Moment. A Short History of the Agrarian Revolt*, New York 1978.

9 Vgl. Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London 2005.

10 Vgl. Mudde, *The Ideational Approach*; ders./Rovira Kaltwasser, *Populism*.

11 Vgl. Joseph A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism & Democracy*, London 1976.

12 Laclau, *On Populist Reason*; ders./Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London 1985.

13 Jan-Werner Müller, *What is Populism?*, Princeton 2016.

setzen Demokratie und liberale Demokratie gleich.¹⁴ Diese Debatte soll hier nicht geführt werden; es genügt zu sagen, dass ich glaube, dass es einen empirischen und theoretischen Wert besitzt, zwischen Demokratie und liberaler Demokratie zu unterscheiden – und demzufolge auch zwischen „liberaler Demokratie“ und „illiberaler Demokratie“.¹⁵

III. Populismus historisch (1860er- bis 1970er-Jahre)

Die meisten Wissenschaftler datieren die Entstehung des Populismus auf die Mitte des 19. Jahrhunderts und verbinden ihn mit dem Aufstieg der Narodniki in Russland und der People's Party in den Vereinigten Staaten.¹⁶ Beide Gruppierungen kombinierten Populismus mit Agrarismus und riefen die Bauern als (wahres) Volk aus. Während aber die US-Populisten eine Graswurzelbewegung waren, die auf lokaler und regionaler Ebene einige Erfolge feierte, bildeten die Narodniki im Wesentlichen eine kleine städtische Elite, welche die ländlichen Massen nicht von ihrer Agenda überzeugen konnte.¹⁷ Frustriert über die mangelnde Bereitschaft der russischen Bauern, sich für ihre Sache einzusetzen, teilten sich die Narodniki in verschiedene Gruppen, von denen einige an Terroranschlägen auf das Zarenregime beteiligt waren. Nachdem sie 1881 Zar Alexander II. ermordet hatten, wurden ihre Anführer verhaftet und hingerichtet, was die Bewegung steuerungslos und marginalisiert zurückließ.

Die Narodniki waren somit zwar ein kurzfristiges Phänomen, das nur wenige Jahrzehnte Bestand hatte. Es inspirierte aber viele Oppositionsgruppen, von den sozialistischen Eliten in Russland bis zu den ländlichen Bevölkerungsmassen in Mittel- und Osteuropa. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts existierten in ganz Mittel- und Osteuropa zahlreiche agrarpopulistische Gruppen und sogar Parteien, obwohl die meisten innerhalb der konservativen, autoritären Regime dieser Zeit ein fast klandestines Dasein führten.¹⁸ Eine der wenigen Ausnahmen war die Bulgarische Bauernvolksunion (BZNS), die in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erfolgreich an Wahlen teilnahm. Parteichef Alexander Stamboliski war zwischen 1919 und 1923 sogar bulgarischer Premierminister, bevor er durch einen Militärputsch verdrängt wurde.¹⁹ Einige der Agrarbewegungen

14 Vgl. auch Koen Abts/Stefan Rummens, *Populism versus Democracy*. In: *Political Studies*, 55 (2007) 2, S. 405–422.

15 Zur ursprünglichen Ausarbeitung des Konzeptes der „illiberalen Demokratie“ vgl. Fareed Zakaria, *The Rise of Illiberal Democracy*. In: *Foreign Affairs*, 76 (1997) 6, S. 22–43.

16 Vgl. etwa Margaret Canovan, *Populism*, London 1981; Paul Taggart, *Populism*, Buckingham 2000.

17 Vgl. etwa Richard Wortman, *The Crisis of Russian Populism*, Cambridge 1967.

18 Vgl. Joseph Held (Hg.), *Populism in Eastern Europe*, Boulder 1996.

19 Vgl. John D. Bell, *Populism and Pragmatism. The BANU in Bulgarian Politics*. In: ebd., S. 20–61.

existierten jahrzehntelang weiter, wurden unter den kommunistischen Regimen zu Blockparteien und ersetzt ihren Populismus durch Marxismus-Leninismus.

Die Zwischenkriegszeit war größtenteils eine Zeit des verstärkten Elitismus, das heißt des Glaubens, dass die Tugend in der Elite, nicht im Volk beheimatet sei. Von der Konservativen Revolution über die deutschen und italienischen Faschisten bis zu den Kommunisten in Osteuropa war der Gedanke verbindend, dass eine überlegene Elite das (unwissende) Volk in eine bessere Zukunft führen sollte. Zwar nutzten alle Bewegungen Strategien zur Mobilisierung der Massen – und teils populistische Rhetorik –, der Kern ihrer Ideologien aber war im Wesentlichen elitär. Dies spiegelte sich auch in den verschiedenen Regimen wider, die sie, einmal an der Macht, schufen: Obgleich sowohl kommunistische als auch faschistische Regime vorgaben, den Volkswillen zu verkörpern, führten sie das Volk viel mehr, als dass sie ihm folgten.

Eine der am stärksten populistisch geprägten Bewegungen entstand kurz nach Kriegsende in Italien. Die *Fronte dell'Uomo Qualunque* („Jedermann-Front“, UQ) von Guglielmo Giannini wurde 1946 gegründet und 1949 aufgelöst. Bei den ersten Nachkriegswahlen 1946 gewann sie fünf Prozent der Stimmen, verwickelte sich aber bald in interne Konflikte und Spaltungen. Die *Union de défense des commerçants et artisans* (Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker, UDCA) Pierre Poujades war eine ähnliche Bewegung in Frankreich, die 1953 gegründet und 1962 aufgrund von politischen Auseinandersetzungen aufgelöst wurde. Sowohl UQ als auch UDCA waren *flash parties*, die aus dem Nichts kamen und einem politischen Beben gleich Wahlerfolge feierten, bevor sie nach ein oder zwei Wahlen verschwanden.

In vielerlei Hinsicht wurde der Populismus im Nachkriegseuropa durch die Linse des Poujadismus wahrgenommen; tatsächlich verwandte man die Termini Populismus und Poujadismus oft synonym. Populistische Bewegungen galten als schlecht organisiert, nicht sonderlich ideologiehaltig und völlig abhängig von einem charismatischen Führer.²⁰ Entsprechend standen sie im Ruf, von Natur aus ein vorübergehendes Phänomen darzustellen, was durch den neuen Begriff „*flash party*“ beschrieben wurde: Sie seien zu unstrukturiert und oberflächlich für anhaltenden politischen Erfolg.²¹ Diese Erfahrungen wurden durch zwei spätere – gleichsam nur episodisch Zuspruch erhaltende – populistische Gruppierungen bestätigt: die niederländische agrarpopulistische Bauernpartei von Hendrik „Boer“ Koekoek in den 1960er-Jahren und die dänische neoliberal-populistische Fortschrittspartei von Mogens Glistrup in den 1970er-Jahren.

20 Vgl. etwa Taggart, *Populism*.

21 Vgl. etwa Mogens Pedersen, *Towards a New Typology of Party Lifespans and Minor Parties*. In: *Scandinavian Political Studies*, 5 (1982) 1, S. 1–16; Richard Rose/Thomas T. Mackie, *Do Parties Persist or Fail? The Big Trade-Off Facing Organizations*. In: Kay Lawson/Peter H. Merkel (Hg.), *When Parties Fail. Emerging Alternative Organizations*, Princeton 1988, S. 533–558.

Das war vielleicht der Grund, warum die meisten Wissenschaftler die wichtigste europäische populistische Partei des 20. Jahrhunderts, die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) in Griechenland, völlig ignorierten. Gegründet nach der Militärdiktatur, wurde die PASOK zur dominanten Kraft im demokratischen Griechenland und regierte das Land die meiste Zeit während der 1980er- und 1990er-Jahre. Gründer Andreas Papandreou, selbst die Verkörperung der griechischen politischen Elite, verband demokratischen Sozialismus mit linkem Nationalismus und einem starken populistischen Diskurs.²² Seine Nachfolger, allen voran Sohn George Papandreou, verwandelten die PASOK im 21. Jahrhundert²³ in eine nichtpopulistische Mitte-Links-Partei, bevor sie durch die Große Rezession dezimiert wurde.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Populismus bis zum Ende des 20. Jahrhunderts eine marginale Rolle in der europäischen Politik spielte. Er wandelte sich vom unterdrückten Agrarpopulismus in Osteuropa zum episodischen Rechtspopulismus in Westeuropa. Die wenig beachtete Ausnahme bildete der einflussreiche und stabile klientelistische Linkspopulismus der PASOK in Griechenland. Wissenschaftliche Beschäftigung mit dem europäischen Populismus blieb in dieser Zeit fast vollständig aus – in der Geschichtswissenschaft wie in den Sozialwissenschaften. Populismus wurde als ein kaum relevantes Konzept und Phänomen angesehen, von Natur aus episodisch, und die einzige Ausnahme von der Regel (PASOK) wurde meist außerhalb des Bezugsrahmens des Populismus untersucht – oder als eine griechische Anomalie betrachtet.

IV. Zeitgenössischer Populismus (1980 bis heute)

Der Aufstieg des zeitgenössischen Populismus geht größtenteils mit dem Aufschwung und der Transformation der radikalen Rechten der Nachkriegszeit einher, auch wenn beide nicht identisch sind. Während die meisten der heutigen erfolgreichen populistischen Parteien Teil der (populistischen) rechtsradikalen Parteifamilie sind, gibt es doch Ausnahmen. Auf der einen Seite sind dies Linkspopulisten wie die griechische Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) und die spanische Podemos, neoliberale Populisten wie die italienische Forza Italia (FI) und die norwegische Fortschrittspartei (FrP) oder mehr oder weniger idiosynkratische Populisten wie die italienische Fünf-Sterne-Bewegung (M5S). Auf der anderen Seite sind einige weit rechts stehende Parteien der „dritten Welle“²⁴

22 Vgl. George Th. Mavrogordatos, *From Traditional Clientelism to Machine Politics. The Impact of PASOK Populism in Greece*. In: *South European Society and Politics*, 2 (1997) 3, S. 1–26; Takis Pappas, *Populism and Crisis Politics in Greece*, New York 2014.

23 Vgl. Michalis Spourdalakis/Chrisanthos Tassis, *Party Change and the Vanguard Role of PASOK*. In: *South European Society and Politics*, 11 (2006) 3–4, S. 497–512.

24 Klaus von Beyme, *Right-Wing Extremism in Post-War Europe*. In: *West European Politics*, 11 (1988) 2, S. 1–18.

wiederum nicht populistisch, wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands und die griechische Goldene Morgenröte, oder waren zunächst nicht populistisch, wie die belgische Vlaams Belang (VB) und der französische Front National (FN).

Sowohl der 1972 gegründete FN als auch die 1978 als Flämischer Block gegründete VB haben ihren Ursprung in relativ elitären Parteien. Sie flirteten zumindest mit antidemokratischen Positionen, die von dünn verschleiertem Antiparlamentarismus bis hin zur völligen Ablehnung der Mehrheitsregierung reichten. So schrieben beispielsweise Anfang der 1980er-Jahre hochrangige Mitglieder im VB-Magazin, das Parlament sei ein „Talk-Shop“ voller Unfähiger, welche die Interessen des Volkes „im Parteiauftrag“ opferten, und „Rechte, die vom Durchschnitt verteidigt werden“, seien Rechte, „die dem Verfall preisgegeben werden“.²⁵ In traditionell elitärer Weise sahen sich die Parteiführer als Vorhut des (ethnischen) Volkes, welche die Massen wecken müsse, um „den Volksaufstand zu führen, der das Land von der Dekadenz befreien wird“.²⁶

Erst Ende der 1980er-Jahre entwickelte FN-Chef Jean-Marie Le Pen einen populistischeren Diskurs mit Slogans wie „Wir sagen, was ihr denkt“ und „Stimme des Volkes“, die von anderen rechtsradikalen Parteien in Europa eifrig übernommen und angepasst wurden. Alle populistischen rechtsradikalen Parteien stellen das politische Establishment heute als homogen und unmoralisch dar und präsentieren sich gleichzeitig als authentische Vertreter des (wahren) Volkes. Jean-Marie wie dessen Tochter und Nachfolgerin Marine Le Pen haben den Slogan „Stimme des Volkes“ verwendet, während SYRIZAs Slogan für die Wahlen im Mai 2012 lautete: „Entweder wir oder sie: Gemeinsam können wir sie stürzen“.²⁷

Heute ist Populismus eines der drei Kernmerkmale der Ideologie der populistischen Rechtsradikalen, zusammen mit Nativismus und Autoritarismus.²⁸ Die entsprechenden Parteien präsentieren ihren politischen Kampf als, in den Worten des VB, „Einer gegen alle, alle gegen einen“. Der Grund dafür, dass „alle“ der homogenen Elite gegen den „Einen“ sind, sei, dass jener für das Volk spreche. Tatsächlich haben die Chefs der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Jörg Haider und Heinz-Christian Strache, sogar mit dem Slogan „Sie sind gegen ihn, weil er für dich ist“ geworben. Während ein Großteil dieser Kritik gattungsspezifisch ist, das heißt von anderen populistischen Parteien geteilt wird, zeichnen sich die populistischen Rechten dadurch aus, dass sie Populismus mit Nativismus

25 Cas Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*, Manchester 2000, S. 112.

26 Marc Swyngedouw/Gilles Ivaldi, *The Extreme Right Utopia in Belgium and France. The Ideology of the Flemish Vlaams Blok and the French Front National*. In: *West European Politics*, 24 (2001) 3, S. 1–22, hier 6.

27 Yannis Stavrakis/Giorgis Katsambekis, *Left-wing Populism in the European Periphery: The Case of SYRIZA*. In: *Journal of Political Ideologies*, 19 (2014) 2, S. 119–142, hier 129.

28 Vgl. Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007.

verbinden und argumentieren, die korrupte etablierte Elite stelle die Interessen der „kosmopolitischen“ Elite und der „nicht-einheimischen“ Bevölkerung über die des „Volkes“.

Eine zweite Gruppe populistischer Parteien, die sich meist Seite an Seite mit der populistischen radikalen Rechten entwickelt hat, bilden die neoliberalen Populisten.²⁹ In den 1970er-Jahren mit den Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen entstanden, finden sich neoliberale populistische Parteien in ganz Europa, in Nord und Süd sowie in Ost und West. Einige dieser Parteien passen zum stereotypen Bild der flash parties, wie die bulgarische „Nationale Bewegung Simeon II.“ und die niederländische „Liste Pim Fortuyn“, aber andere sind beständiger, darunter FI – trotz ihrer vielen Organisationsformen – und natürlich die Norwegische FrP. Obwohl einige dieser Parteien mit dem Nativismus geliebäugelt haben, stellt ihre Kernideologie eine Kombination aus ökonomischem (Neo-)Liberalismus und Populismus dar.

Die dritte zusammenhängende Gruppe populistischer Parteien umfasst jene der linken Populisten, die Populismus mit irgendeiner Form von Sozialismus verbinden – was heutzutage eher Sozialdemokratie denn demokratischer Sozialismus bedeutet.³⁰ Während die beiden bekanntesten dieser Parteien relativ neu und zum Teil Produkte der Großen Rezession sind – Podemos und SYRIZA –, sind die meisten linken populistischen Parteien ältere linksradikale Parteien, die ihren Marxismus-Leninismus (oder Maoismus) durch sozialistischen Populismus ersetzt haben. Gerechterweise sei angemerkt, dass ihr Populismus in vielen Fällen, mit Ausnahme bestimmter Zeiträume, schwächer ausgeprägt ist als der ihrer rechten „Brüder“. Beispiele hierfür sind die niederländische Sozialistische Partei und die deutsche Die Linke.

Zudem existiert eine kleine „Gruppe“ von Parteien, die populistisch sind, aber eine eher idiosynkratische Wirtsideologie besitzen. Einige verkörpern hauptsächlich moderne Versionen des traditionellen Agrarpopulismus, wie die inzwischen irrelevanten Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums (Ungarn) und Selbstverteidigung der Republik Polen,³¹ andere stellen Hybriden des Agrarpopulismus und des populistischen Rechtsradikalismus dar, wie die intern gesplante Partei Die Finnen (früher Wahre Finnen). Andere transzendieren fast alle klassischen politischen Kategorisierungen, allen voran die Fünf-Sterne-Bewegung, heute eine der größten politischen Parteien Italiens.³²

29 Vgl. Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Europe*, Basingstoke 1994.

30 Vgl. etwa Luke March, *From Vanguard of the Proletariat to Vox Populi. Left-Populism as a “Shadow” of Contemporary Socialism*. In: *SAIS Review of International Studies*, 27 (2007) 1, S. 63–77.

31 Vgl. Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*.

32 Vgl. etwa Fabio Bordignon/Luigi Ceccarini, *The Five-Star Movement. A Hybrid Actor in the Net of State Institutions*. In: *Journal of Modern Italian Studies*, 20 (2015) 4, S. 454–473.

Nicht immer ist es einfach, genau festzustellen, welche Parteien populistisch sind und welche nicht; in mehreren Ländern treten Populisten auch zu Wahlen im Rahmen nicht-populistischer Wahlblöcke (zum Beispiel Bandić Milan 365 als Teil der Koalition für den Premierminister in Kroatien) oder Parteien (zum Beispiel „Alle für Lettland!“ als Teil der Nationalen Vereinigung in Lettland) an. Grundsätzlich lässt sich aber sagen: Populistische Parteien nehmen in der überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten erfolgreich an Wahlen teil, wenn auch mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen und Trends. Im Durchschnitt stellt die größte populistische Partei die drittgrößte Partei im jeweiligen Parteiensystem. Die Spannweite ist jedoch sehr groß: In einigen Ländern bleiben Populisten marginal, ihre wichtigsten Vertreter erhalten bei Wahlen ein Prozent oder weniger (zum Beispiel Malta oder Portugal). In anderen Ländern stellen sie die dominante Partei mit mehr als einem Drittel der Stimmen (zum Beispiel Griechenland, Ungarn, Polen).³³

In vielen Ländern ist allerdings mehr als eine populistische Partei aktiv. Die Gesamtheit der Stimmen aller populistischen Parteien in einem Land liegt im Durchschnitt bei rund 20 Prozent. Wiederum sind die Unterschiede groß: Während in Malta und Portugal auch insgesamt kaum ein Prozent der Bevölkerung für populistische Parteien stimmt, gibt es in Ungarn und Italien eine Mehrheit für sie. Angemerkt sei, dass sich die Beziehungen zwischen populistischen Parteien innerhalb eines Landes ebenfalls stark unterscheiden können: Während in Griechenland die linkspopulistische SYRIZA eine Regierung mit den rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen (ANEL) bildete, ist in Ungarn die populistische rechtsradikale Jobbik eine der wichtigsten Oppositionsparteien der populistischen rechtsradikalen FIDESZ-Regierung. Somit ist festzuhalten: Populistische Parteien bilden keine Parteifamilie,³⁴ da sie meist nur ein (oft sekundäres) Merkmal ihrer breiteren Kernideologien teilen.

Seit dem Beginn der Großen Rezession in Europa im Jahr 2008 hat sich der Wählerzuspruch für Populisten innerhalb der Europäischen Union (EU) mehr als verdoppelt und ist im Durchschnitt um 7,5 Prozent der Gesamtstimmenzahl gestiegen. Obwohl Richtung und Umfang der Veränderungen von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen, ist die Tendenz deutlich und kann in den meisten EU-Ländern unabhängig von spezifischen nationalen Kontexten beobachtet werden. Bis etwa 2015 war dieser Effekt sowohl bei linken als auch rechten populistischen Parteien zu beobachten, seit der „Flüchtlingskrise“ verzeichnen Rechtspopulisten die größten Zuwächse in der EU.³⁵

33 Die Zahlen für nationale Wahlen wären leicht höher, würden die beiden üblichen Nicht-EU-Verdächtigen, Norwegen und Schweiz, mit einbezogen.

34 Vgl. etwa Peter Mair/Cas Mudde, *The Party Family and Its Study*. In: *Annual Review of Political Science*, 1 (1998), S. 211–229.

35 Vgl. Cas Mudde, *The EU Elections. Moving the Center*. In: *Journal of Democracy*, 30 (2019) 4, S. 20–34.

Interessanterweise erzielten populistische Parteien entgegen der weit verbreiteten Ansicht, dass sie bei Wahlen zweiter Ordnung normalerweise bessere Ergebnisse verbuchen,³⁶ im Rahmen der Europawahlen 2014 und 2019 sehr ähnliche Werte wie bei den vorangegangenen nationalen Parlamentswahlen.³⁷ Berücksichtigt man jedoch den Zeitpunkt der Wahlen zweiter Ordnung bezüglich der Legislaturperioden erster Ordnung,³⁸ so entwickeln sich populistische Parteien erwartungsgemäß: Bei Europawahlen, die zeitlich eher mittig zwischen zwei nationalen Wahlen stattfinden, erzielen sie bessere Ergebnisse als bei „Wegwerfwahlen“, das heißt Wahlen zweiter Ordnung unmittelbar nach Wahlen erster Ordnung.

V. Gründe: Warum sind sie (jetzt) erfolgreich?

Trotz der jüngsten Explosion akademischen Interesses am Populismus³⁹ wissen wir deutlich weniger über die Gründe als über die Konsequenzen seines Aufstiegs. Es gibt hunderte, wenn nicht tausende von Artikeln und Büchern über den Wahlerfolg populistischer rechtsradikaler Parteien in Westeuropa,⁴⁰ aber die meisten betonen vor allem die Bedeutung der Opposition gegen Einwanderung und Integration, was mehr über den Nativismus als den Populismus jener Parteien aussagt. Nicht erklären können diese Publikationen den Erfolg von links-populistischen Parteien wie Podemos und SYRIZA, die bei derartigen Fragen relativ progressiv agieren, oder sogar von neoliberalen und idiosynkratischen populistischen Parteien wie FI und M5S, für die diese Themen traditionell bestenfalls Nebensächlichkeiten darstellen.

Ein weiteres beliebtes Erklärungsmuster fußt auf der Großen Rezession, am einflussreichsten vertreten von US-Journalist John Judis.⁴¹ Doch während die ökonomische Krise unzweifelhaft den Erfolg linkspopulistischer Parteien in den stark betroffenen Gebieten Südeuropas begünstigt hat, kann mit ihr nicht ohne

36 Vgl. Karlheinz Reiff/Hermann Schmitt, Nine Second-Order Elections. A conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: *European Journal of Political Research*, 8 (1980), S. 3–44.

37 Vgl. auch für 2004: Michael Minkenberg/Pascal Perrineau, The Radical Right in the European Elections 2004. In: *International Political Science Review*, 28 (2007) 1, S. 29–55.

38 Vgl. Cees van der Eijk/Mark N. Franklin/Erik Oppenheim, Consulting the Oracle. The Consequences of Treating European Elections as „Markers“ of Domestic Political Developments, Artikel vorbereitet für die Konferenz der Dutch Political Science Association, 26./27. Mai 1994, Soesterbert.

39 Vgl. Cristóbal Rovira Kaltwasser/Paul Taggart/Paulina Ochoa Espejo/Pierre Ostiguy, Populism: An Overview of the Concept and the State of the Art. In: dies. (Hg.), *The Oxford Handbook of Populism*, S. 1–24.

40 Vgl. etwa Cas Mudde, *The Populist Radical Right. A Reader*, London 2017; Jens Rydgren (Hg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford 2018.

41 Vgl. John Judis, *The Populist Explosion. How the Great Recession Transformed American and European Politics*, New York 2016.

Weiteres begründet werden, warum ähnliche Parteien in ebenfalls wirtschaftlich schwächelnden Ländern wie Zypern und Irland weniger profitiert haben. Zudem konnten die traditionellen rechtsradikalen populistischen Parteien im Durchschnitt kaum Nutzen aus der Krise ziehen.⁴² Ihr jüngster Aufschwung, mehr in den Meinungsumfragen 2015/16 als in den verschiedenen Wahlen 2017, war stärker verknüpft mit der „Flüchtlingskrise“, das heißt der Zuwanderung von über einer Million Menschen hauptsächlich aus Syrien in den Jahren 2015 und 2016.

Tatsächlich ging der Aufstieg populistischer Parteien beiden Krisen voraus und reicht in manchen Ländern bis in die späten 1980er-, in den meisten bis in die mittleren 1990er-Jahre zurück. Da diese Parteien Populismus und verschiedene Wirtsideo logien kombinieren, kann Populismus allein nur einen Teil ihres Erfolges erklären. Wirtschaftliche Ängste und kultureller Konservatismus sind – für sozialistische beziehungsweise nativistische Parteien – relevant, aber begründen nicht notwendigerweise, warum jene Parteien diese Wirtsideo logien mit Populismus verknüpfen. Traditionellerweise wurden beide Ideologien eher mit elitären oder zumindest paternalistischen Positionen verbunden. Darüber hinaus fügt Populismus ein wichtiges Element zu ihrem Erfolg hinzu, indem er einen Teil ihrer Anhänger davon abhält, sich an etablierte Parteien zu wenden, sobald diese einen Teil ihres Diskurses oder sogar ihrer Politik übernehmen.

Ich argumentiere, dass der Aufstieg des Populismus Folge eines komplexen Bündels struktureller Faktoren ist, die das Verhältnis zwischen Wählern und Politikern sowie den politischen Raum, in dem beide agieren, grundlegend verändert haben.⁴³ Viele dieser Prozesse laufen seit Jahrzehnten, wurden aber durch andauernde neoliberale Diskurse und politische Entscheidungen intensiviert und begannen sich im 21. Jahrhundert zu häufen. Ich diskutiere sie in diesem Artikel in keiner bestimmten Reihenfolge oder Struktur, da ihre Konfiguration von Land zu Land je nach individueller Geschichte oder Gegenwart variiert.

Zunächst ist festzuhalten: Immer mehr Europäer haben das Gefühl, dass wichtige politische Fragen von den politischen Eliten nicht (ausreichend) adressiert werden. Dies ist teilweise Ursache und Folge der zunehmenden Komplexität der politischen Debatte, deren Diskursraum in den meisten Ländern nicht länger vorrangig sozioökonomisch definiert und damit eindimensional ausfällt, sondern durch „autoritär-libertäre“⁴⁴ sowie „kosmopolitisch-nationalistische“⁴⁵ Spannungsfelder eine zweite oder gar dritte Dimension erhalten hat.

42 Siehe auch Hanspeter Kriesi/Takis Pappas (Hg.), *European politics in the Shadow of Great Recession*, Colchester 2015.

43 Vgl. auch allgemein Mudde/Kaltwasser, *Populism*.

44 Vgl. etwa Herbert Kitschelt, *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge 1994.

45 Vgl. etwa Hanspeter Kriesi/Edgar Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschier/Timotheos Frey, *Globalization and the Transformation of the National Political Space. Six European Countries Compared*. In: *European Journal of Political Research*, 45 (2006) 6, S. 921–956.

In einem dreidimensionalen Diskursraum können die etablierten Parteien ihre traditionelle Wählerschaft nicht mehr vollständig zufriedenstellen, was zu einer massenhaften Abwanderung und Restrukturierung jener um neue Themen und Parteien in deutlich kleinerem Rahmen führt.⁴⁶

Die beiden relevantesten politischen Themen für Populisten stellen in diesem Zusammenhang die europäische Integration sowie die Immigration dar, die in der Tat in den (west-)europäischen politischen Debatten des späten 20. Jahrhunderts kaum adressiert wurden. Ob dies nun einem breiten Konsens innerhalb der Eliten oder einem (geheimen) Pakt derselben⁴⁷ geschuldet war oder nicht: Etablierte Parteien vermieden größtenteils die Politisierung dieser beiden Themen, obwohl eine nennenswerte Minderheit der Bevölkerung dem Elitenkonsens entgegenstand und diesen Fragen zunehmende Bedeutung beimaß. Und selbst wenn Integration und Immigration debattiert werden und die etablierten Parteien dabei eine breite Spanne an Positionen repräsentieren – inklusive äußerst skeptischer oder schlicht ablehnender Haltungen –, können die Bürger immer noch glauben, dass eben dies nicht geschehe. So besitzt beispielsweise heute jede größere niederländische Tageszeitung (mindestens) einen islamophoben Kolumnisten, der fast wöchentlich äußert, dass man in den Niederlanden nichts Negatives über den Islam oder Muslime schreiben dürfe.⁴⁸

Zweitens ist relevant, dass politische Eliten von einer größer werdenden Zahl an Menschen in einer Art wahrgenommen werden, als seien sie „alle gleich“. Dies erfolgt wiederum nicht ohne Grund. Vor allem im Bereich der sozioökonomischen Politik, die lange Zeit die politische Agenda dominierte, haben sich die etablierten Parteien radikal angeglichen. Es ist gut dokumentiert – und wurde heftig diskutiert –, wie sich sozialdemokratische Parteien in den 1990er-Jahren den (neoliberalen) Märkten enthusiastisch geöffnet haben, etwa mit Tony Blairs „Drittem Weg“ und Gerhard Schröders „Neuer Mitte“,⁴⁹ woraufhin die Mitte-Rechts-Parteien oft einen sozioökonomischen Wandel vollzogen – man denke nur an die Christlich Demokratische Union Deutschlands unter Angela Merkel oder die Konservative Partei unter David Cameron.⁵⁰

46 Vgl. etwa Scott J. Flanagan/Russell J. Dalton, *Parties Under Stress. Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies*. In: *West European Politics*, 7 (1984) 1, S. 7–23; Peter Mair/Wolfgang C. Müller/Fritz Plasser (Hg.), *Political Parties and Electoral Change. Party Responses to Electoral Changes*, London 2004.

47 Vgl. etwa Craig Parsons/Till Weber, *Cross-Cutting Issues and Party Strategy in the European Union*. In: *Comparative Political Studies*, 44 (2011) 2, S. 383–411.

48 Vgl. etwa Conny Roggebrand/Rens Vliegthart, *Divergent Faming. The Public Debate on Migration in the Dutch Parliament and Media, 1995–2004*. In: *West European Politics*, 30 (2007) 3, S. 524–548.

49 Anthony Giddens, *The Third Way and Its Critics*, Cambridge 2000. Vgl. auch Andrew Glyn (Hg.), *Social Democracy in Neoliberal Times. The Left and Economic Policy since 1980*, Oxford 2001.

50 Vgl. etwa Tim Bale, „Cometh the Hour, Cometh the Dave“. *How Far Is the Conservative Party's Revival All Down to David Cameron*. In: *The Political Quarterly*, 80 (2009) 2, S. 222–232; Clay Clemens, *From the Outside In: Angela Merkel as Opposition Leader, 2000–2005*. In: *German Politics and Society*, 24 (2006) 3, S. 41–81.

Diese sozioökonomische Konvergenz war zum Teil Folge der fortschreitenden Integration der EU, die den politischen Handlungsraum der nationalen Regierungen verengte und diese unter Druck setzte, eher den Märkten und supranationalen Organisationen gegenüber „verantwortlich“ zu agieren als sich ihren eigenen Wählern gegenüber „empfindlich“ zu zeigen.⁵¹ Die jüngsten Entwicklungen in Griechenland sind ein perfektes Beispiel dafür: Sogar der populistische Herausforderer SYRIZA ist dem supranationalen Druck (oder der Realität) erlegen und handelt nun „verantwortlich“.⁵² Eine ähnliche Angleichung vollzog sich in den vergangenen Jahren bei soziokulturellen Fragen – von Flüchtlingen bis zu Terrorismus –, auch wenn sich die meisten Mitte-Rechts-Parteien sogar noch mehr nach rechts bewegt haben als die Mitte-Links-Parteien.⁵³

Die Umarmung eines an den Märkten orientierten Denkens durch Parteien verschiedenster Couleur erzeugte drittens nicht nur den Glauben, alle Parteien seien gleich, sondern führte auch zu Diskursen und politischen Handlungen, die ihrerseits fruchtbaren Boden bereitstellte für Protestpolitik im Allgemeinen und Populismus im Speziellen. Ich möchte zwei Themenfelder hervorheben, die aus populistischer Perspektive besonders wichtig sind: wachsende ökonomische Ungleichheit in einer Zeit makroökonomischen Wachstums; und die Depolitisierung der Politik. Zu Erstgenanntem lässt sich festhalten, dass die beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts eine Periode – zeitweise massiven – ökonomischen Wachstums darstellten. Die meisten Länder sahen einen deutlichen Anstieg makroökonomischer Indikatoren wie des Bruttoinlandprodukts. Dieses Wachstum allerdings ging Hand in Hand mit einer Vergrößerung der wirtschaftlichen Ungleichheit – nicht nur in den angelsächsischen Staaten: Tatsächlich war Schweden das Land innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in dem die Einkommensungleichheit seit 1990 am explosivsten wuchs.

Zur gleichen Zeit wurde „der Markt“ nicht nur in wirtschaftlichen Fragen das präferierte Modell, sondern für praktisch alle Politikfelder, vom Bildungsbis zum Gesundheitswesen.⁵⁴ Politiker behandelten Bürger zunehmend als „Kunden“, was zu einer Vermarktlichung der Politik führte, bei der der Kunde immer recht hat. Die Privatisierung vieler Wirtschaftssektoren (zum Beispiel Energie und Telekommunikation) sowie die Errichtung einer unabhängigen, zunehmend supranationalen Technokratie mit Verantwortung in zentralen Aufgabenbereichen des Staates (zum Beispiel Europäische Zentralbank), der sich die

51 Vgl. Peter Mair, *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy*, London 2013.

52 Vgl. Cas Mudde, *SYRIZA: The Failure of the Populist Promise*, New York 2017.

53 Vgl. Sonia Alonso/Sara Claro da Fonseca, *Immigration, Left and Right*. In: *Party Politics*, 18 (2012) 6, S. 865–884.

54 Vgl. etwa Deborah Brennan/Bettina Cass/Susan Himmelweit/Marta Szebehely, *The Marketisation of Care. Rationales and Consequences in Nordic and Liberal Care Regimes*. In: *Journal of European Social Policy*, 22 (2012) 4, S. 377–391; Kathleen Lynch, *Neo-Liberalism and Marketization: The Implications for Higher Education*. In: *European Educational Research Journal*, 5 (2006) 1, S. 1–17.

Politiker untertan machten, führten dazu, dass jene freiwillig einen großen Teil ihrer Handlungsmacht aufgaben.⁵⁵ Der eigenen „raison d'être“ ledig und „die Kunden“ zum König erklärt, begaben sich die Politiker selbst auf einen Weg des unausweichlichen Scheiterns.

Viertens, wie detailliert in Ronald Ingleharts wegweisendem Buch „The Silent Revolution“⁵⁶ beschrieben, erlebten die europäischen Gesellschaften eine Phase der „kognitiven Mobilisierung“, die in einer gebildeteren und selbstbewussteren Bevölkerung resultierte. Die Menschen erlangten, politikwissenschaftlich gesprochen, eine größere politische Wirksamkeit, wodurch sie sich nicht länger „ihren“ politischen Führern fügten, sondern diese auf Basis eigener Fakten und Anschauungen beurteilten. Zwar rückte dies die Gesellschaften näher an die idealtypischen Demokratien politischer Theoretiker, zugleich aber nahmen Anti-Establishment-Einstellungen, Wechselwählerschaft und Wahlunsicherheit zu.

Fünftens hat sich die Medienlandschaft in beiden Teilen Europas fundamental gewandelt. Im früheren kommunistischen Osten waren die Medien gänzlich in staatlicher Hand und unter staatlicher Kontrolle, doch auch die meisten Radio- und Fernsehsender im Westen befanden sich in staatlicher Eignerschaft und wurden durch mehr oder weniger unabhängige Komitees kontrolliert, welche die Mainstream-Parteien (oder zumindest Mainstream-Ideologien) repräsentierten.⁵⁷ Darüber hinaus besaßen und kontrollierten politische Parteien oder ihnen angeschlossene Hilfs- beziehungsweise Schwesterorganisationen, insbesondere Gewerkschaften, den Großteil der wichtigen Zeitungen in westeuropäischen Ländern. Folglich wurden die etablierten Parteien, einzeln oder gemeinsam, die allmächtigen Torwächter der Medien. Und während sie intern gespalten waren und sich in ihren eigenen Medien gegenseitig kritisierten, bildeten sie ein Kartell, um die Herausforderer des Systems fernzuhalten.⁵⁸

Mit dem Aufstieg privater und sozialer Medien verloren die etablierten Parteien und die ihnen nahestehenden Organisationen einen Großteil ihrer Gatekeeper-Macht. Viele Zeitungen erlangten mehr Unabhängigkeit oder wurden verkauft, während private Radio- und Fernsehsender die öffentlich-rechtlichen Medien herausforderten oder gar übertrumpften.⁵⁹ Um wirtschaftlich rentable, nicht (oder nicht mehr) von Parteien und Gewerkschaften subventionierte Unternehmen zu werden, mussten die (neuen) Medien Anzeigen verkaufen, was

55 Vgl. etwa Claudio M. Radaelli, *Technocracy in the European Union*, London 2017.

56 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton 1977.

57 Vgl. Daniel C. Hallin/Paolo Mancini, *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*, Cambridge 2004.

58 Vgl. etwa Richard S. Katz/Peter Mair, *Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party*. In: *Party Politics*, 1 (1995) 1, S. 5–28.

59 Vgl. etwa Jonathan Hardy, *Western Media Systems*, London 2008; Jens Lucht/Linards Udris, *Transformation of Media Structures and Media Content. A Diachronic Analysis of Five Western European Countries*, NCCR Working Paper, 49, 2010.

„chasing eyeballs“⁶⁰ erforderte, da mehr Hörer/Leser/Zuschauer größeren Erlös bedeuten. Dies führte dazu, dass die Medien zunehmend Themen abdeckten, die sich „verkaufen“ lassen, und nichts verkauft sich in Sachen Politik besser als Konflikte und Skandale – das Butter-und-Brot-Geschäft der meisten Populisten.

Sechstens und letztens sind populistische Akteure deutlich attraktiver für die (Sozialen) Medien – und damit die Wähler – geworden. Die meisten Führer erfolgreicher populistischer Parteien gehören zu den bekanntesten Politikern in ihren Ländern und zeichnen sich durch ihre starken Debatten- oder Redefähigkeiten (zum Beispiel Farage) oder ihren originellen Einsatz in den Sozialen Medien aus. Beppe Grillo betrieb vor der Gründung von M5S den beliebtesten politischen Blog Italiens, während Wilders mit einem oder zwei zielgerichteten Tweets die politische Debatte der Niederlande über Jahre dominierte. Pablo Iglesias hatte vor dem Start von Podemos eine beliebte TV-Show, FPÖ-Frontmann Strache war der aktivste österreichische Politiker auf Facebook. Viele von ihnen verstehen die neuen Medien, ob sozial oder traditionell, deutlich besser als die Anführer der etablierten Parteien. Sie geben den Medien, was sie wollen, und wirken dabei trendig und frisch im Vergleich mit dem langweiligen und altmodischen Establishment.

VI. Konsequenzen: Korrektiv und Bedrohung für Europas Demokratie

In der Theorie ist Populismus prodemokratisch, aber antiliberaldemokratisch. In der Praxis ist die Beziehung noch komplexer. Erstens ist das Verhältnis zwischen populistischen Akteuren und demokratischen Regimen abhängig von der (relativen) Stärke sowohl des populistischen Akteurs als auch des demokratischen Systems.⁶¹ Zweitens nimmt Populismus in verschiedenen Phasen der (De-) Demokratisierung unterschiedliche Rollen ein. In mehr oder weniger konsolidierten liberalen Demokratien fungieren populistische Akteure schließlich, drittens sowohl als Korrektiv als auch als Bedrohung.⁶²

Die meisten Debatten über Populismus und Demokratie gehen von der Existenz einer (konsolidierten) liberalen Demokratie aus, was in der Tat der politische Kontext ist, in dem die meisten populistischen Akteure Europas heutzutage agieren. In der Vergangenheit allerdings, das heißt im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, formierten sich populistische Bewegungen und Parteien innerhalb autokratischer oder nur nominell demokratischer Systeme.⁶³ Sowohl die frühen Narodniki als auch später die mittelosteuropäischen Agrarpopulisten waren weitgehend Teil der Demokratisierungskräfte in ihren jeweiligen autoritären Ländern und argumentierten entweder für die Errichtung (Russland) oder

60 Sinngemäß: Jagd nach Lesern/Zuschauern.

61 Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism in Europe and the Americas*.

62 Vgl. Cristóbal Rovira Kaltwasser, *The Ambivalence of Populism: Threat and Corrective for Democracy*. In: *Democratization*, 19 (2012) 2, S. 184–208.

63 Vgl. Held, *Populism in Eastern Europe*.

Ausweitung der Demokratie (zum Beispiel Bulgarien). In allen Fällen resultierte dies jedoch letztlich in einer autoritären Reaktion, sei es durch populistischen Terrorismus (Russland) oder durch populistischen politischen Erfolg (Bulgarien) provoziert. Im Falle Griechenlands war die PASOK maßgeblich daran beteiligt, das im Entstehen begriffene liberal-demokratische Regime zu ersticken und dieses stattdessen in eine illiberale oder populistische Demokratie zu verwandeln.⁶⁴

Innerhalb mehr oder weniger konsolidierten liberalen Demokratien, das heißt in der EU des 21. Jahrhunderts, ist festzustellen, dass Populisten in der Tat sowohl als Korrektiv gegenüber undemokratischem Liberalismus funktionieren als auch eine Bedrohung für die liberale Demokratie darstellen. Vor allem in der Oppositionsrolle werden Populisten zur (Re-)Politisierung jener Themen aufrufen, die – absichtlich oder nicht – von der politischen Debatte ferngehalten werden. Ohne den Druck rechter Populisten wären Immigration und Europäische Integration nicht zu politischen Kernfragen in vielen EU-Staaten geworden – zumindest nicht in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren.⁶⁵ Ebenso wären ohne linke Populisten in Südeuropa die Sparmaßnahmen zur Bekämpfung der Großen Rezession auf eine technische Debatte beschränkt geblieben und nicht Gegenstand des politischen Diskurses geworden.⁶⁶

Eine weitere Möglichkeit, wie Populisten in der Opposition als Korrektiv für die liberale Demokratie agieren können, besteht darin, plebiszitäre Instrumente wie Volksbegehren und Volksabstimmungen zu fördern oder zu nutzen. So hat die FPÖ mit dem Referendum „Österreich Zuerst“ von 1993⁶⁷ das Thema Einwanderung an die Spitze der politischen Agenda gezwungen. Selbst an der Macht, neigen Populisten dazu, diese Instrumente nur in einem frühen Stadium einzusetzen, entweder um oppositionelle Gesetzgebungen zu umgehen, oder um Druck auf externe Kräfte auszuüben.⁶⁸ So organisierte beispielsweise die überwiegend linkspopulistische Regierung in Griechenland im Jahr 2015 ein Referendum über ein Rettungspaket, in der schließlich unerfüllten Hoffnung, die EU unter Druck zu setzen, ihre Bedingungen zu lockern. Ebenso initiierte die rechtspopulistische Regierung in Ungarn 1996 ein Referendum zur „Migrantenquote“, um die EU zu zwingen, ihren Umverteilungsplan für Flüchtlinge zu überdenken oder Ungarn zumindest von diesem auszuschließen.⁶⁹

64 Vgl. etwa Takis Pappas, *Populism and Crisis Politics in Greece*, New York 2014.

65 Vgl. Parsons/Weber, *Cross-Cutting Issues and Party Strategy in the European Union*.

66 Vgl. Stavrakis/Katsambekis, *Left-wing Populism in the European Periphery*.

67 Siehe Ruth Wodak, *The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean*, London 2015.

68 Der Versuch, oppositionelle Gesetzgebung zu umgehen, ist vorrangig in (semi-)präsidentiellen Systemen zu beobachten, in denen ein politischer Außenseiter zwar durch Präsidentenwahlen an die Macht kommen kann, dann aber – aufgrund des Fehlens einer starken Organisation – auf keinen substanziellen Rückhalt innerhalb der Legislative zurückgreifen kann. Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele in Lateinamerika, von Alberto Fujimori im Peru der 1990er-Jahre bis zu Hugo Chávez in den 2000er-Jahren.

69 Vgl. Cecilia Emma Sottolotta, *The Strategic Use of Government-Sponsored Referendums in Contemporary Europe. Issues and Implications*. In: *Journal of Contemporary European Research*, 13 (2017) 4, S. 1362–1376.

Wichtig ist, dass in beiden Fällen die Populisten im Wesentlichen „die Stimme des Volkes“ repräsentierten. In Griechenland unterstützte eine Mehrheit der Bevölkerung die Opposition der Regierung gegen das Rettungspaket, aber Premierminister Alexis Tsipras beschloss, es dennoch zu akzeptieren, nachdem klar war, dass sich die EU nicht bewegen würde.⁷⁰ In Ungarn stimmten erstaunliche 98 Prozent gegen den EU-Umverteilungsplan. Aber da die Wahlbeteiligung deutlich unter den geforderten 50 Prozent lag, war das Ergebnis nichtig.⁷¹ Anstatt das Resultat und die von ihr selbst ein Jahr zuvor geschaffene Wahlbeteiligungsregel zu akzeptieren, versuchte die Regierung Orbán, sich durch legislative Maßnahmen durchzusetzen, die ebenfalls fehlschlügen.⁷² Dies scheint darauf hinzudeuten, dass Populisten, sobald sie an der Macht sind, plebiszitäre Instrumente nicht mehr einsetzen, um mittels der (Re-)Politisierung vernachlässigter Themen den politischen Raum zu öffnen, sondern um ihr Blatt in internationalen Verhandlungen (erfolglos) zu stärken.

Aber derartige Referenden von Populisten an der Macht haben eine noch dunklere Seite. Populistische Regierungen nutzen diese Abstimmungen, um ihre Politik als „dem allgemeinen Willen“ gleich darzustellen und jeden, der sich ihnen widersetzt, als „Feind des Volkes“ zu brandmarken. So wurde beispielsweise in Griechenland der Opposition vorgeworfen, die „Fünfte Kolonne“ Deutschlands und der Troika zu sein, während sie in Ungarn als Verräter der Nation gebrandmarkt wurden, als Agenten von George Soros, dem in Ungarn geborenen jüdischen Milliardär und Philanthropen, der zu einer Obsession von Viktor Orbán und radikalen Rechtspopulisten in ganz Europa geworden ist.

Obwohl Populisten tendenziell die bestimmende Kraft dieses Polarisierungsprozesses sind, der die Institutionen und Werte der liberalen Demokratie untergräbt, bilden sie selten dessen einzige Quelle. Etablierte Parteien reagieren oft auf populistische Herausforderer, indem sie diese nicht nur durch Kartellbildung und „cordons sanitaires“ von der Macht ausschließen, sondern auch einen „antipopulistischen“ Diskurs entwickeln, der auf einer ähnlichen moralischen und polarisierenden Logik basiert. Dies wird noch verstärkt, wenn etablierte Parteien Macht verlieren. So verfiel beispielsweise sowohl in Österreich in den frühen 2000er-Jahren, als die FPÖ in die Schlüssel-Regierung der konservativen Österreichischen Volkspartei eintrat, wie auch in etwas jüngerer Vergangenheit in Griechenland, als ANEL und SYRIZA eine populistische Koalition bildeten, die Opposition in eine Alles-oder-Nichts-Strategie, welche implizit oder explizit die Illegitimität der populistischen Regierung verkündete.⁷³

70 Vgl. Mudde, SYRIZA. The Failure of the Populist Promise.

71 Vgl. ders., On Extremism and Democracy in Europe, London 2016.

72 Vgl. Viktor Glied/Norbert Pap, The „Christian Fortress of Hungary“ – The Anatomy of the Migration Crisis in Hungary. In: Yearbook of Polish European Studies, 19 (2017), S. 133–149.

73 Vgl. etwa Michael Merlingen/Cas Mudde/Ulrich Sedelmeier, The Right and the Righteous. European Norms, Domestic Politics and the Sanctions against Austria. In: Journal of Common Market Studies, 39 (2001) 1, S. 59–77; Stavrakis/Katsambekis, Left-wing Populism in the European Periphery.

Populisten an der Macht bedrohen nicht nur die liberale Demokratie, indem sie Oppositionsparteien angreifen und politische Polarisierung schaffen oder verstärken. Die größte Gefahr für die liberale Demokratie besteht darin, dass die Gegengewichte des liberaldemokratischen Systems, insbesondere Gerichte und Medien, untergraben werden. Die Strategie ist zweigeteilt: Delegitimation durch Diskurs und Schwächung durch Politik. Erinnert sei an den viermaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der die Richter in seinen Korruptionsfällen als „rote Roben“ bezeichnete, womit angedeutet wurde, dass sie eher Vertreter der linken Opposition als Hüter des Gesetzes seien.⁷⁴ Während Berlusconi die unabhängigen Richter nicht verdrängen konnte, tat Orbán genau das: Zuerst senkte er das Rentenalter der Richter des Obersten Gerichtshofs und erhöhte dann deren Zahl, wodurch sichergestellt wurde, dass das neue Gericht von seinen Kumpanen dominiert wird.⁷⁵ Ebenso marginalisierte er unabhängige Medien durch eine Vielzahl finanzieller Anreize und politischen Druck und machte sie völlig unterwürfig gegenüber ihm und seiner Partei.⁷⁶

Eine weitere Möglichkeit, die Opposition zu schwächen, besteht darin, die Regeln zu ändern. Obwohl diese Taktik nicht nur von Populisten angewandt wird, versuchen sie während ihrer Amtszeit oft, die Wahlregeln anzupassen, um die Opposition zu schwächen und ihre eigene Position zu stärken. So restrukturierte beispielsweise die nationalistisch-populistische Regierung von Premierminister Vladimír Mečiar in den 1990er-Jahren die Wahlkreise in der Slowakei mittels Gerrymandering und schwächte damit die Opposition im Allgemeinen und die ungarische Minderheit im Besonderen.⁷⁷ Und als Orbán an die Macht kam, regelte seine Regierung flugs das (undurchsichtige) Wahlsystem neu, was wesentlich dazu beitrug, dass seine Partei bei den nächsten Wahlen eine verfassungsmäßige Mehrheit erhielt. Aber er änderte auch das umfassendere Rechtssystem – zum Beispiel durch die Einschränkung der Befugnisse des Obersten Gerichtshofs sowie die Erteilung der Erlaubnis an die Generalstaatsanwaltschaft, Fälle zwischen verschiedenen Gerichtsbezirken zu verschieben – und die Wahlkampfbestimmungen, bis hin zur Plakatwerbung.⁷⁸

74 Vgl. Salvatore Sberna/Alberto Vannucci, „It’s the Politics, Stupid!“ The Politicization of Anti-Corruption in Italy. In: *Crime, Law and Social Change*, 60 (2013) 5, S. 565–593.

75 Vgl. etwa Miklós Bánkuti/Gábor Halmai/Kim Lane Scheppele, Hungary’s Illiberal Turn. Disabling the Constitution. In: *Journal of Democracy*, 23 (2012) 3, S. 138–146.

76 Vgl. Péter Bajomi-Lázár, The Party Colonization of the Media. The Case of Hungary. In: *East European Politics and Societies and Cultures*, 27 (2013) 1, S. 69–89.

77 Vgl. Stefan Wolff, „Bilateral“ Ethnopolitics after the Cold War. The Hungarian Minority in Slovakia, 1989–1999. In: *Perspectives on European Politics and Society*, 2 (2001) 2, S. 159–195.

78 Vgl. etwa Bánkuti/Halmay/Scheppele, Hungary’s Illiberal Turn; Renáta Úitz, Can You Tell When An Illiberal Democracy Is In The Making? An Appeal to Comparative Constitutional Scholarship from Hungary. In: *International Journal of Constitutional Law*, 13 (2015) 1, S. 279–300.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass populistische Bewegungen innerhalb liberaler Demokratien gleichermaßen als Korrektiv wie auch als Bedrohung agieren. Die korrigierenden Elemente treten am stärksten in der Oppositionsphase hervor, wenn populistische Akteure versuchen, teils durch Förderung und Nutzung plebiszitärer Instrumente, zuvor depolitisierte Themen zu (re-)politisieren. Einmal an der Macht, treten die bedrohlichen Elemente des Populismus dann sehr viel deutlicher hervor. Vor allem wenn Populisten Verpflichtungen gegenüber nichtpopulistischen Koalitionspartnern ledig sind, was bisher nur selten der Fall war, werden populistische Regierungen für eine verstärkte Polarisierung sorgen, unabhängige und oppositionelle Stimmen einschüchtern sowie die rechtliche und praktische Macht der kontrollierenden Gewalten marginalisieren.

Während die meisten Populisten zu kurz an der Macht sind oder zu uneinig regieren, um das politische System fundamental zu ändern, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Mittelosteuropa, dass dies nicht immer der Fall ist.⁷⁹ Seit der Wiedererlangung der Macht im Jahr 2010 ist es Orbán gelungen, das konsolidierte liberaldemokratische Regime in Ungarn in eine illiberale Demokratie zu verwandeln, und die Partei Recht und Gerechtigkeit ist auf dem besten Weg, dies auch in Polen zu tun. Während dies vielleicht nicht so dramatisch ist wie die Entwicklung in Lateinamerika, wo Präsident Nicolás Maduro Venezuela von einer liberalen Demokratie in ein voll entwickeltes autoritäres Regime geführt hat, gelang Orbán die ungarische Transformation innerhalb der EU, die gegründet wurde, um derartiges eigentlich zu verhindern.

VII. Zusammenfassung

Populismus entstand in Europa in der Mitte des 19. Jahrhunderts, blieb aber bis ins 21. Jahrhundert hinein politisch marginal. Obwohl kommunistische und faschistische Bewegungen populistische Elemente aufwiesen, insbesondere während ihrer Oppositionsphase, handelte es sich im Wesentlichen um elitäre Bewegungen und Regime. Während der unverblümte Elitismus nach dem Zweiten Weltkrieg inakzeptabel wurde, stärkte das Weimarer Trauma den paternalistischen Konsens zwischen den politischen Eliten, von Sozialdemokraten über Christdemokraten bis hin zu Konservativen. Demokratie war nun hegemonial, aber in vielen Ländern beschränkte sich der allgemeine Wille des Volkes auf liberale demokratische Optionen, damit „das Volk“ nicht wieder die falsche Wahl traf.

Trotz einiger nationaler populistischer Episoden in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, vor allem in Frankreich und Griechenland, wurde der Populismus erst im 21. Jahrhundert zu einem wirklich europäischen Phänomen. Populis-

79 Vgl. etwa Paul Blokker, *New Democracies in Crisis? A Comparative Constitutional Study of the Czech Republic, Hungary, Poland, Romania and Slovakia*, London 2014.

tische Parteien nehmen heute in den meisten EU-Mitgliedstaaten erfolgreich an Wahlen teil und besetzen in einer beträchtlichen Minderheit von ihnen Regierungspositionen. Während der populistische Stimmenanteil im nationalen Durchschnitt relativ klein bleibt, das heißt unter 20 Prozent, stellt die wichtigste populistische Partei in den immer stärker fragmentierten Parteiensystemen im Allgemeinen die drittgrößte Kraft. Das bedeutet, dass populistische Parteien die Koalitionsbildungsprozesse zunehmend belasten, sei es durch Erpressung oder Koalitionsmacht.⁸⁰ Da die meisten Ursachen für den Aufstieg des Populismus und die (stark damit verbundene) politische Fragmentierung strukturell sind, werden populistische Parteien wichtige politische Akteure in der zukünftigen europäischen Politik bleiben.

Die meisten populistischen Parteien sind viel mehr als „nur“ Populisten. Tatsächlich ist in fast allen Fällen ihre Wirtsideoogie, oft eine Form des Nativismus auf der rechten und eine Form des Sozialismus auf der linken Seite, das primäre ideologische Merkmal und der Kern ihrer Parteiideologie. Daher gehen Erklärungen für den Erfolg bestimmter populistischer Parteien oder Gruppen populistischer Parteien (wie der populistischen radikalen Rechten) weit über die in diesem Artikel genannten hinaus. Man kann den Aufstieg der populistischen radikalen Rechten ohne die Einwanderungsfrage oder den des linken Populismus ohne Spardiktat und Große Rezession nicht verstehen.

Aber auch wenn der Populismus oft ein sekundäres ideologisches Merkmal der „populistischen Parteien“ darstellt, ist er nicht ohne Bedeutung, insbesondere für den Zustand der Demokratie in Europa. Die Antisystempolitik des 20. Jahrhunderts war extremistisch, das heißt antidemokratisch, während die Antisystempolitik des 21. Jahrhunderts populistisch, das heißt antiliberal demokratisch ist.⁸¹ Dies zeigt zwar zumindest, dass Demokratie in ganz Europa hegemonial geworden ist, aber auch, dass damit für viele Menschen nur eine begrenzte Interpretation der Demokratie verbunden ist. Das demokratische Narrativ in den europäischen Gesellschaften betont oft das Mehrheitsprinzip auf Kosten der liberalen Schutzmaßnahmen gegen die Mehrheit.

Als das 20. Jahrhundert mit einer beispiellosen liberalen Hegemonie endete, basierte dies nicht so sehr auf Zuspruch zur Demokratie, sondern, provokativ gesagt, auf moralischer und technokratischer Einschüchterung. Jahrzehntelange kognitive Mobilisierung und die jüngere Transformation des Mediensystems haben die paternalistische Politik des 20. Jahrhunderts beendet. Von populistischen Parteien herausgefordert, die nicht mehr so leicht von der politischen und öffentlichen Debatte ausgeschlossen werden können, haben sich die etablierten Parteien nur langsam an den „populistischen Zeitgeist“ angepasst, wobei sie sich der populistischen Wählerschaft anzunähern versuchen, indem sie die Rahmungen, aber nicht unbedingt die Politik, der populistischen Parteien adaptieren.

80 Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems*, Cambridge 1976.

81 Vgl. auch Cas Mudde, *The Paradox of the Anti-Party Party. Insights from the Extreme Right*. In: *Party Politics*, 2 (1996) 2, S. 265–276.

Gleichzeitig haben auch populistische Parteien ihre adaptiven Herausforderungen. Wenn sie an der Macht sind, müssen sie die gleiche Wahl zwischen „reaktionsschneller“ und „verantwortungsvoller“ Politik treffen wie die etablierten Parteien.⁸² Bisher sind sie sehr unterschiedlich damit umgegangen. Während die griechische linkspopulistische Regierung am Ende einer „verantwortungsvollen“ Politik erlag und viel von ihrer Wahlunterstützung verlor, haben die ungarische und die polnische Regierung einige „verantwortungsvolle“ Politiken verfolgt, aber ihre symbolträchtigere „reaktionsfreudige“ Politik betont, was ihre Unterstützung bei den Wahlen bisher verstärkt hat.

Die Zukunft wird zeigen müssen, ob wir uns derzeit in einer populistischen Phase befinden oder ob der populistische Zeitgeist die neue Normalität ist. Obwohl populistische Parteien, insbesondere der radikalen Rechten, 2019 ihre Vertretung im Europäischen Parlament verstärkt haben und heute in fast allen politischen Gruppen in Brüssel präsent sind, interpretierten Mainstream-Medien und Politik die Europawahlen 2019 als eine Niederlage oder zumindest Stagnation des Populismus. Immer mehr Mainstream-Politiker, die sich durch den populären Widerstand gegen Brexit und Trump gestärkt fühlen, erklären eine „Rückkehr zur Mitte“, weg von populistischen (rechtsradikalen) Positionen. Ob diese „Rückkehr“ jedoch den nächsten populistischen Erfolgshype bei einer nationalen Wahl in einem bedeutenden EU-Mitgliedstaat überleben und den populistischen Zeitgeist wirklich beenden wird, bleibt abzuwarten.

82 Vgl. Mair, *Ruling the Void*.